

Protokolleintrag vom 09.11.2005

2005/422

**Beschlussantrag von Anja Recher (AL) und 23 M. vom 26.10.2005:
Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), Resolution**

Anja Recher (AL) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 4711/2005).

Martin Burger (SVP) stellt den Ablehnungsantrag.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 62 gegen 48 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Gemeinderat der Stadt Zürich spricht sich dagegen aus, dass Basisdienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle freien Zugang haben müssen, wie z. B. Gesundheit, Bildung, Umwelt, Wasser, Stromversorgung, Abfallbewirtschaftung, öffentlicher Verkehr, Alterspflege den Spielregeln des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) unterstellt werden. Der Selbstverwaltungsanspruch der Gemeinden schliesst insbesondere das Recht ein, frei darüber zu entscheiden, in welcher Form sie diese Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringen. Lebenswichtige Bereiche gehören nicht auf den internationalen Markt, sondern unter die demokratische Kontrolle der lokalen Bevölkerung und ihrer Behörden.

Mitteilung an den Stadtrat und Bekanntmachung am 16. November 2005.